



## Geschäftsbericht 2012

### 1. Sozialpolitische Schwerpunkte, Vernehmlassungen und Anhörungen

Die Mitglieder des Vorstandes der Städteinitiative Sozialpolitik engagierten sich im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Städteverband in den folgenden Dossiers:

- Asylgesetzrevision: Teilnahme an der Anhörung in der Staatspolitischen Kommission des Ständerates sowie Aufbereitung einer Übersicht über die bestehende Praxis in einzelnen Städten zuhanden der Kommissionsmitglieder
- Rahmengesetz Sozialhilfe: gemeinsames Engagement mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband zwecks Überweisung der Motion, die eine bessere Abstimmung der Sozialwerke auf nationaler Ebene fordert.
- Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung der Armut: Mitarbeit bei der Erarbeitung des Programms des Bundes
- Projekt Zusammenarbeit Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe (unter Leitung des Staatssekretariats für Wirtschaft): Einsitz im beratenden Ausschuss und den Arbeitsgruppen
- Integrationsdialog Arbeitswelt der tripartiten Agglomerationskonferenz: Teilnahme am Dialog-Treffen zwecks Verabschiedung der Zielsetzungen «Staat – Wirtschaft 2013 – 2016»
- Fürsorgerische Zwangsmassnahmen: Erstellung einer Übersicht über laufende Aktivitäten auf kommunaler Ebene zur Aufarbeitung von Fällen fürsorgerischer Zwangsmassnahmen
- IV-Revision 6b: mit dem Schweizerischen Gemeindeverband, der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren sowie der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren und Finanzdirektorinnen koordinierte Unterstützung des Vorstosses, die Vorlage in strukturelle und finanzielle Massnahmen aufzuteilen und letztere erst nach Vorliegen der Evaluation der Massnahmen der Revisionen 5 und 6a zu behandeln
- Parlamentarische Initiative Aubert Schuldenprävention / Parlamentarische Initiative Hiltbold Prävention Jugendverschuldung: Teilnahme an der Anhörung einer Subkommission der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates

Im Weiteren nahm die Städteinitiative im Rahmen von Vernehmlassungen des Bundes zu folgenden Vorlagen Stellung:

- Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons
- Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer
- Bericht zur Zukunft der 2. Säule
- Ausschaffung krimineller Ausländerinnen und Ausländer (Umsetzung Ausschaffungsinitiative)
- Änderung des Zivilgesetzbuches, der Zivilprozessordnung und des Zuständigkeitsgesetzes (Unterhalt des Kindes)



- mehrere Vorlagen im Asylbereich (Asylverordnungen 2 und 3, Verordnung über die Integration von Ausländern und Ausländerinnen, Verordnung über den Vollzug der Weg- und Ausweisung ausländischer Personen, Verordnung über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen, Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit)

Die Positionen der Städteinitiative Sozialpolitik fanden jeweils Eingang in die Stellungnahme des Schweizerischen Städteverbands.

Die Städteinitiative nahm zudem teil an der Branchenvernehmlassung von Savoir Social zum neuen Rahmenlehrplan dipl. GemeinwesenarbeiterIn HF.

## **2. Vorstand**

2012 traten drei Vorstandsmitglieder von ihrem Amt als Stadtrat oder Stadträtin und damit auch als Vorstandsmitglied der Städteinitiative Sozialpolitik zurück. Es waren dies Ruedi Meier (Luzern, Grüne), Edith Olibet (Bern, SP) und Jeanette Storrer (Schaffhausen, FDP). Der Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik dankt ihnen herzlich für ihr Engagement. An der Herbstkonferenz vom 9. November in Lausanne wurde Martin Merki (FDP) als Nachfolger von Ruedi Meier in den Vorstand gewählt. Er hatte nach dessen Rücktritt die Sozialdirektion der Stadt Luzern übernommen.

Am 31. Dezember 2012 setzte sich der Vorstand aus den folgenden fünf Stadträten zusammen: Martin Waser (Zürich, Präsident, SP, seit 2009), Oscar Tosato (Lausanne, Vizepräsident, SP, seit 2011), Nino Cozzio (St. Gallen, CVP, seit 2007), Nicolas Galladé (Winterthur, SP, seit 2010) und Martin Merki (Luzern, FDP, seit 2012).

2012 fanden insgesamt fünf Vorstandssitzungen und eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte statt.

## **3. Geschäftsstelle**

Per 1. Juli 2012 übernahm die Städteinitiative das neue Erscheinungsbild, das der Städteverband im Rahmen einer Dachmarkenstrategie seinen Sektionen zur Verfügung stellte. Der neue Auftritt macht die Zugehörigkeit der Sektion Städteinitiative Sozialpolitik zum Städteverband besser sichtbar und erhöht gegenüber vielen externen Partnern das Gewicht der Städteinitiative.

Im Weiteren erschien Ende August der erste elektronische Newsletter. Mit diesem werden alle Mitglieder sowie Partner der Städteinitiative in unregelmässigen Abständen über Beschlüsse des Vorstands, die Aktivitäten der Städteinitiative und sozialpolitische Entwicklungen informiert.

## **4. Arbeitsgruppe und Ausschuss Leitende Angestellte**

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Leitende Angestellte (AG LA) trafen sich zu drei ordentlichen Sitzungen, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion aktueller Fachthemen gewidmet waren. Im Frühling wurden die Mitglieder für den neu gebildeten Ausschuss gewählt: Patrik Müller, St. Gallen, Suzanne Näf, Wil, Beatrice Reusser, Biel, Ernst Schedler (Vorsitz), Winterthur, Nicole Wagner, Basel, und Dieter Wirth, Thalwil. Der Ausschuss leistet fachliche Grundlagenarbeit zuhanden der Mitglieder der AG LA und des Vor-



standes der Städteinitiative und ist verantwortlich für die mittelfristige Planung bei der AG LA sowie für die Vorbereitung von deren Sitzungen. Im Berichtsjahr traf sich der Ausschuss insgesamt vier Mal.

An einer ganztägigen Arbeitstagung widmete sich die AG LA zusammen mit Fachleuten aus der Psychiatrie dem Themenkomplex der Zusammenarbeit zwischen Sozialdiensten und Psychiatrie. In insgesamt sechs Fachreferaten wurden verschiedene Lösungsansätze vorgestellt, die den Teilnehmenden wertvolle Inputs für ihre Arbeit gaben.

Der Kennzahlenbericht zeigte für 2011 über alle dreizehn teilnehmenden Städte einen leichten Fallanstieg um 1 Prozent. Die Sozialhilfequote blieb aufgrund des Bevölkerungswachstums praktisch unverändert. Der Schwerpunkt des Berichts befasste sich mit den Auswirkungen der Revision des Arbeitslosengesetzes, die per 1. April 2011 in Kraft getreten war. Diese waren insgesamt weniger gravierend als im Vorfeld befürchtet, was im Wesentlichen der unerwartet guten Konjunktur zu verdanken war.

## **5. Netzwerk Romandie**

Daniel Perdrizat, alt Stadtrat von Neuenburg, erhielt 2012 das Mandat, Oscar Tosato im Aufbau des Netzwerks Romandie zu unterstützen. Sein Engagement konzentrierte sich im vergangenen Jahr vor allem auf das Knüpfen erster Kontakte sowie die inhaltliche Vorbereitung der Herbstkonferenz in Lausanne.

## **6. Konferenzen**

Am 8. Juni fand in Luzern die Frühlingskonferenz zum Thema «Wohnpolitik als Pfeiler der sozialen Stadtentwicklung» statt. Vorträge aus Theorie und Praxis sowie mehrere Marktstände stellten den Teilnehmenden erfolgreiche Instrumente wie auch negative wohnpolitische Beispiele vor.

An der Herbstkonferenz vom 9. November in Lausanne widmeten sich die Mitglieder dem Thema «Im öffentlichen Raum unerwünscht». Vier Inputreferate beleuchteten die Thematik von im öffentlichen Raum «Unerwünschten» wie zum Beispiel sozial Randständigen, Dealern oder Prostituierten aus wissenschaftlicher, politischer wie auch praktischer Sicht. In den anschliessenden Ateliers stellten vier Städte Instrumente für den Umgang mit diesen betroffenen Gruppen vor.

## **7. Arbeit in und Zusammenarbeit mit (sozial-)politischen Gremien**

Die Städteinitiative ist eine Sektion des Schweizerischen Städteverbands. Die Zusammenarbeit ist sehr eng, namentlich in Kontakten mit der eidgenössischen Politik und Verwaltung.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit weiteren (sozial-)politischen Organisationen konnte die Städteinitiative Sozialpolitik ihre Kernanliegen auf Bundesebene wirkungsvoll vertreten. In den folgenden Verbänden und Gremien hatte die Städteinitiative Sozialpolitik Einsitz:

- Vorstand der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren und Sozialdirektorinnen
- Perspektive Familienpolitik
- Interinstitutionelle Zusammenarbeit (Steuerungsgremium, Entwicklungs- und Koordinationsgremium)
- Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen



– Nationaler Dialog Sozialpolitik

Eine gute Zusammenarbeit pflegte die Städteinitiative Sozialpolitik auch mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Arbeitgeberverband.

#### **8. Mitgliederbestand 2012**

Total Mitglieder per 31.12.2012:	58
Total Eintritte:	0
Total Austritte:	0

Allen Personen, die sich in irgendeiner Form für die Anliegen der Städteinitiative Sozialpolitik eingesetzt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Städteinitiative Sozialpolitik  
Martin Waser, Präsident  
Ursi Krajnik-Schweizer, Geschäftsführerin

Zürich, 7. März 2013